

Der Ölpreisverfall seit 2014

Zur Politischen Ökonomie der Weltölwirtschaft

Jens van Scherpenberg

1. Einleitung

Der drastische Verfall des Preises für Rohöl auf den Weltenergiemärkten seit Mitte 2014 ist in seinen wirtschaftlichen wie auch politischen Auswirkungen möglicherweise eine der wichtigsten Entwicklungen für die Weltwirtschaft, ja für die internationale Ordnung insgesamt seit dem Ausbruch der Finanzkrise. Zwar war der Preis für ein Barrel Rohöl schon bei Ausbruch der internationalen Finanzkrise von seinem historischen Höchststand von 147 US-Dollar Mitte 2008 auf 37 Dollar Ende desselben Jahres abgestürzt, hatte allerdings schon Anfang 2009 erneut begonnen, sich zu erholen und war bereits Ende 2010 wieder auf über 100 Dollar gestiegen, ein Niveau, auf dem er fast vier Jahre, bis Mitte 2014 verharrte. Jener kurze, krisenbedingte Preisschock auf den Ölmärkten blieb zunächst folgenlos für die Produzenten- wie für die Verbraucherländer. Im Gegenteil: die Prognosen über sich erschöpfende Ölreserven und eine daher nicht mehr steigerbare Ölproduktion („peak oil“¹) erhielten neue Nahrung. Der Internationale Währungs-

fonds widmete dem Thema unter der Überschrift „Oil Scarcity, Growth, and Global Imbalances“ ein eigenes Kapitel in seinem „World Economic Outlook 2011“ (IWF 2011, 89ff.).

Der Preisverfall seitdem, auf unter 50 Dollar, am Tiefpunkt im Januar 2016 auf 27 Dollar, hat weniger mit einer kurzen Krisenreaktion zu tun. Er ist Ausdruck langfristig wirkender struktureller Veränderungen auf den Weltenergiemärkten, deren Ursache vor allem politische Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene sind. Diese sollen im Folgenden kurz erläutert werden, um daraus anschließend die wichtigsten internationalen wirtschaftlichen und politischen Folgen dieser Veränderungen zu erklären, so weit sie heute bereits eingetreten oder absehbar sind.

Doch zunächst ein kurzer Rückblick auf die politische Ökonomie des Ölmarktes, des vielleicht politischsten aller Gütermärkte der Weltwirtschaft.



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

2. Erdöl – *der* strategische Rohstoff seit über 100 Jahren

Erdöl und seine leichter entflammaren, daher besser nutzbaren Destillationsprodukte, Petroleum und Benzin, hatten schon im 19. Jahrhundert eine gewisse Verbreitung gefunden, als Lampenöl und für medizinische Zwecke. Seine Bedeutung als strategischer Rohstoff aber erfuhr Rohöl erst mit der Erfindung des benzin- bzw. dieselgetriebenen Verbrennungsmotors Ende des 19. Jahrhunderts. Sehr schnell wurde deutlich, dass Öl und seine Derivate als Treibstoff gerade für Kriegsschiffe unschätzbare Vorteile gegenüber dem Antrieb durch kohlebefeuerte Dampfturbinen hatten.

Während allerdings die führenden damaligen Industriemächte – das Vereinigte Königreich, die USA, Deutschland, Frankreich, Russland – auf ihren Territorien über beträchtliche Kohlelagerstätten verfügten, galt dies für den Energierohstoff Öl nur für die USA und Russland. Das strategische Interesse der großen Mächte richtete sich daher ab Beginn des 20. Jahrhunderts mit allen ihnen zu Gebote stehenden imperialistischen Mitteln – Militärmacht, Bestechung und Erpressung – auf den Nahen Osten, der schon seit frühesten Zeiten für einige – bis dahin nur begrenzt nutzbare – Ölquellen bekannt war und auf große weitere Lagerstätten hoffen ließ (Engdahl 2004).

Bereits ab 1913 begann die mehrheitlich staats-eigene britische Anglo-Persian Oil Company (APOC)² auf der Basis langfristig gesicherter exklusiver Explorations- und Förderrechte zu extrem günstigen Konditionen in großem Umfang Rohöl in Persien zu fördern und in einer Raffinerie im persischen Abadan – zunächst vor allem für die Versorgung der britischen Kriegsmarine – Treibstoffe zu produzieren. Nach dem Ersten Weltkrieg erhielt die APOC auch Zugriff auf die bis dahin vom osmanischen Reich kontrollierten irakischen Ölfelder. Amerikanische Ölgesellschaften sicherten sich in den 1930er Jahren die Bohrkonzessionen für Saudi-Arabien. Im zweiten Weltkrieg schließlich, in dem Öl zum essentiellen Treibstoff aller nun drei Waffengattungen – Heer, Marine, Luftwaffe – geworden war, kam dem Zugriff auf ausreichende Ölressourcen, den das Deutsche Reich nicht hatte, kriegsentscheidende Bedeutung zu.

Ein privatwirtschaftlicher Weltmarkt für Öl entwickelte sich erst nach dem 2. Weltkrieg, und zwar zunächst unter der oligopolistischen Regie der großen anglo-amerikanischen Ölkonzerne, der „Sieben Schwestern“³. Mit seiner immer billigeren Verfügbarkeit dank wachsender Förderung aus den kostengünstigen Lagerstätten des Nahen Ostens wurden Erdöl und seine Derivate zum Treibstoff des wirtschaftlichen Aufschwungs in allen westlichen Industrieländern nach dem Krieg, nicht zuletzt in Deutschland (van Scherpenberg 2015).

Und so erzeugte das Überangebot schließlich jenen Nachfrageboom, der es ab 1973 den seit 1960 in der OPEC zusammengeschlossenen Förderländern ermöglichte, das Preisniveau drastisch anzuheben. Die Vervielfachung des Ölpreises von 1973/74 (von 3\$/b auf über 12\$/b) kam jedoch den Interessen der großen westlichen Ölgesellschaften (und ihrer Mutterländer) durchaus entgegen. Zwar schritten die meisten Förderländer zur Verstaatlichung ihrer Ölindustrie, so dass die Ölkonzerne einen Teil ihrer Kontrolle des Marktes verloren. Dafür erwuchs ihnen jedoch dank des neuen Preisniveaus ein erheblich erweiterter finanzieller Spielraum für große Kapitalinvestitionen in die Entwicklung und den Einsatz komplexer Technologien zur Erschließung neuer Lagerstätten – offshore wie onshore – außerhalb der OPEC, nicht zuletzt innerhalb der eigenen Allianz (Nordsee, Norwegen, Golf von Mexiko). Zugleich blieben die OPEC-Staaten, vor allem diejenigen des Nahen Ostens, fest eingebettet in die wirtschaftlich-finanzielle wie politisch-militärische Einflusszone der USA und ihrer Verbündeten.

Allerdings ließ das steigende Ölpreisniveau deren Befürchtungen wachsen, dass die sprunghaft zunehmenden Erlöse aus dem Rohölverkauf den Einfluss und die internationale Handlungsfähigkeit auch jener Mächte erhöhen könnten, die eigene, den westlichen Interessen widersprechende nationale Interessen verfolgten. Schon in den 1960er Jahren hatte die Sowjetunion als neuer Großproduzent den internationalen Rohölmarkt betreten und Absatzerfolge auch in Westeuropa erreicht – zum Verdross der Nato-Führungen (van Scherpenberg 2016, 215ff.). Nun begannen auch bisher prowestliche Ölförderstaaten, sich gegen den westlichen Einfluss zu positionieren, allen voran Iran nach dem Sturz des

Schah 1979 – das Land, das bereits 1951 unter Ministerpräsident Mossadegh als erstes versucht hatte, die nationale Kontrolle über sein Öl zu gewinnen und an der unverhüllt imperialistischen Intervention von Großbritannien und den USA gescheitert war, ein Trauma, das bis heute nachwirkt.

Gegen den dadurch ab 1979 ausgelösten zweiten starken Ölpreisanstieg auf bis zu 40 Dollar setzte Saudi-Arabien, der wichtigste USA-Verbündete unter den Förderländern 1986, erstmals seine Marktmacht ein und steigerte die Förderung einseitig so stark, dass der Ölpreis binnen kurzem auf weit unter 20 Dollar sank. Der damit einhergehende Verfall der Deviseneinnahmen der Sowjetunion trug wesentlich zu deren Preisgabe ihres Anspruchs als Weltmacht mit eigenständigem imperialistischem Ordnungsanspruch und im folgenden zu ihrem Zerfall und dem Ende des Ostblocks bei.

Damit begann eine Phase relativ stabiler, geordneter politischer Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft, in der nicht nur deren Globalisierung, sondern auch die globale Erdölwirtschaft neue Dimensionen erreichte und die OPEC deutlich an Marktanteil verlor. Die weltweite Nachfrage nach Öl zog weiter an, nicht zuletzt seit den 1990er Jahren durch den stürmischen Aufstieg Chinas zur nunmehr zweitgrößten Weltwirtschaftsmacht. Immer aufwändigere Fördertechnologien wurden entwickelt, um neue bisher unerreichbare Lagerstätten zu erschließen, und der Ölpreis erreichte trotz zwischenzeitlicher starker Schwankungen immer neue Höhen, bis zu seinem Höhepunkt im Sommer 2014.

Jene Staatsführungen öllexportierender Länder, die sich in diesen Jahren der (westlichen) Ordnung der Verhältnisse zu entziehen versuchten, wurden entweder militärisch niedergeworfen (Irak 1991 und 2003, Libyen 2011) und beseitigt oder durch Sanktionen und ein Ölembargo zum Einlenken gezwungen (Iran).

„Der Markt“ für Erdöl beruhte also (ebenso wie der für Erdgas⁴) immer schon zu einem erheblichen Teil auf mit harter Hand hergestellten politisch-militärischen Rahmenbedingungen.

3. Strukturelle Veränderungen auf dem Weltrohölmarkt – wirtschaftliche und politische Ursachen

Der Preiseinbruch beim Öl seit Sommer 2014⁵ hat auf den ersten Blick manches mit früheren Niedrigpreisepisoden, wie etwa der in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, zu tun. Das gilt *wirtschaftlich* vor allem für die *Angebotsseite*. Auch diesmal wieder hat Saudi-Arabien den Preisverfall befördert, indem es sich weigerte, seine Rolle als „swing producer“ wahrzunehmen und seine Produktion zurückzufahren, um das Überangebot von Öl aus anderen Quellen zu kompensieren und so den Markt zu stabilisieren.⁶ Das Land, das seit Jahren mit Russland um Platz 1 in der Rangliste der Ölförderländer konkurriert und auf jeden Fall mit Abstand die Nr. 1 unter den Rohölexporteuren ist, hat stattdessen seit Anfang 2015 seine Förderung auf ein neues Rekordniveau von durchschnittlich 10,2 Mio. Barrel pro Tag (bpd)⁷ erhöht. Einerseits versucht Saudi-Arabien damit, seinen Marktanteil am Weltölmarkt wieder zu steigern, der in den Jahren zuvor vor allem durch den Fracking-Boom in den USA gefallen war. Die Ölförderung der USA – bis dahin bei ca. 5 Mio bpd, war seit 2012 sprunghaft auf einen neuen Höchststand von 9,7 Mio bpd im April 2015 angestiegen, so dass die amerikanischen Ölimporte von 65% auf nurmehr knapp über 50% des nationalen Bedarfs zurückgingen. Seitdem ist die Förderung in den USA wieder um ca. 1 Mio bpd gefallen. Denn die meisten der zahlreichen kreditfinanzierten Frackingbohrungen in den USA beruhten für ihre Rentabilität auf einem Ölpreis von 60 US-Dollar und mehr. Insoweit war die saudische Preisoffensive bedingt zunächst erfolgreich.

Doch ein noch wichtigeres Motiv für die saudische Preisoffensive vom Sommer 2014 waren die bevorstehende – und am 14. Juli 2015 Wirklichkeit gewordene – Einigung der 5+1-Staaten mit Iran über dessen Beschränkung seines Nuklearprogramms und die damit verbundene weitgehende Aufhebung der Sanktionen gegen Iran. Damit war für den Rivalen um die Vormacht am Persischen/Arabischen Golf, dessen Ölexporte nach Inkrafttreten der verschärften Sanktionen 2012 um fast die Hälfte eingebrochen waren, die Möglichkeit er-

öffnet, seine alte Rolle als einer der vier führenden Ölexporteure wieder aufzunehmen. Bei stagnierender Nachfrage konnte das nur auf Kosten anderer Anbieter geschehen – und Saudi-Arabien war nicht gewillt, dem Iran durch Reduzierung der eigenen Förderung diese zusätzlichen Marktanteile einzuräumen, zumal gleichzeitig auch der mit Iran verbündete Irak seinen Export seit 2015 gegenüber den Krisenjahren nach dem Krieg von 2003 wieder auf über 3 Mio bpd verdoppelt hat.

Hinter dieser scheinbar aus rein wirtschaftlichen Konkurrenzinteressen abzuleitenden Strategie steht jedoch auch eine wichtige *politische* Neujustierung. Die USA hatte mit der Erschließung unkonventioneller Öllagerstätten durch Fracking in großem Stil ihre Abhängigkeit von Importen aus dem nahen Osten wesentlich reduziert. Zudem hatte die Regierung Obama ein erhebliches Interesse daran, den Iran aus der ihm zugewiesenen Schurkenstaatsecke wieder herauszuholen und diese 80-Millionen-Einwohner-Nation wieder in die Weltwirtschaft und in die regionale Ordnung einzubinden. Saudi-Arabien sah darin den eigenen Status als Schlüsselverbündeter der USA und Stabilitätsanker in der Region in Frage gestellt (Wolf 2015).

Auf der anderen Seite verfielen durch diese Preisstrategie die Budgeteinnahmen Saudi-Arabiens und der übrigen Förderländer des Nahen Ostens drastisch, so dass unpopuläre Kürzungen bei den Staatsausgaben nötig wurden, die die politische Legitimation dieser Rentenstaaten zu untergraben drohen – was, wie zu zeigen ist, auch für andere wichtige Förderländer gilt.

Die saudische Rechnung, auf dem gesunkenen Preisniveau wieder wichtiger für die USA als Ölexporteur zu werden, wurde zudem ohne Berücksichtigung der enormen technischen Fortschritte in der US-Ölindustrie gemacht. Bereits 2016 konnten die Förderkosten beim Fracking gegenüber dem Beginn des Fracking-Booms 2012 um 30-40% gesenkt werden, so dass zahlreiche Bohrungen auch bei Preisen unter 50 Dollar wieder rentabel wurden und die US-Förderung nicht weiter gefallen ist.⁸

Aber auch von der *Nachfrageseite* her entsteht wachsender Druck auf den Ölpreis. Die anhaltende wirtschaftliche Stagnation seit Ausbruch der Finanzkrise hat sich inzwischen auch auf die längerfristigen Preiserwartungen

beim Öl dämpfend ausgewirkt und die Investitionen in die Ölförderung auf kostensenkende Maßnahmen umgelenkt, während die Kapitalinvestitionen der großen Ölkonzerne in neue große und teure Offshore-Explorationen derzeit stark zurückgefahren werden.⁹

Entscheidende Nachfrageimpulse für den Ölpreis werden in den kommenden Jahrzehnten aller Voraussicht nach allenfalls von den zwei neuen wirtschaftlichen Großmächten China und Indien kommen (International Energy Agency 2015).

Mehr noch wirken sich aber die grundlegenden energiepolitischen Umorientierungen, die von der internationalen Klimapolitik ausgehen, in den großen westlichen Industrieländern auf die mittel- und längerfristigen Aussichten der Nachfrageentwicklung aus.¹⁰ Die von der Pariser Klimakonferenz von 2015 beschlossene Verpflichtung, für einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu sorgen, impliziert nach Ansicht von Energie- und Klimawissenschaftlern zwingend eine drastische Senkung der CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger bis auf Null ab 2040 (Quaschnig 2016). Selbst wenn dieses Extrem-Szenario politisch nicht umgesetzt wird, wird es erforderlich sein, den größten Verbrauchssektor von Erdölprodukten, den Verkehr, immer stärker auf Elektroantriebe oder alternative nicht-fossile Treibstoffe umzustellen – eine Perspektive, auf die die großen internationalen Autokonzerne bereits jetzt ihre Investitionsentscheidungen auszurichten beginnen – die aber auch von China schon entschlossen vorangetrieben wird.

Ganz grundsätzlich findet gegenwärtig ein Paradigmenwechsel in den Perspektiven der Öl- (und Erdgas-)wirtschaft statt, weg von den Peak Oil-Knappheitsszenarien hin zur CO₂-Vermeidung. Zwar nehmen angesichts der enormen technischen Fortschritte bei der Erschließung nichtkonventioneller Öllagerstätten (Ölschiefer und Ölsände) durch Fracking und andere Techniken die wirtschaftlich nutzbaren Ölreserven weiter zu, so dass ihre Erschöpfung aus heutiger Sicht noch in weiter Ferne liegt. Doch setzt sich die Erkenntnis durch, dass eine weitere unbegrenzte Nutzung dieser Reserven unvereinbar ist mit den international abgestimmten Klimazielen, dass sie zu einem An-

stieg der globalen Durchschnittstemperatur in den nächsten Jahrzehnten um weit mehr als die Obergrenze von 2° C führen würden, bis hin zum Dreifachen dieses Werts (Wolf 2015).

Die Spekulation auf eine Zukunft steigender Ölpreise ist also erheblich unsicherer geworden. Das wird sich am geringsten auf diejenigen Ölproduzenten auswirken, die dank der geologischen Verhältnisse auf ihrem Territorium und/oder dank ihres hohen technologischen Knowhows und ihrer guten politisch-regulativen sowie finanziellen Rahmenbedingungen auch zu anhaltend niedrigen Weltmarktpreisen für Öl rentabel produzieren können. Andere Staaten, mit ineffizienter Ölindustrie ohne ausreichendes eigenes technisches Knowhow, mit korrupter Verwaltung oder fehlender Rechtssicherheit, sind stärker von einer anhaltenden Niedrigpreisphase für Öl betroffen, da ihnen die Mittel und Fähigkeiten zu einer Senkung ihrer Produktionskosten fehlen.

4. Die politischen Folgen: Machtverschiebungen im internationalen System

Für die USA ist der negative ökonomische Effekt des Preisverfalls auf ihre Ölindustrie also mehr als verschmerzbar. Um so erwünschter sind aus US-Sicht die positiven Effekte. Nicht nur wächst die inländische Kaufkraft von Unternehmen und Verbrauchern, was die stagnierende Wirtschaft beleben könnte. Der Absturz des Ölpreises schmälert auch die Handlungsfähigkeit gerade der Staaten, die aus amerikanischer Sicht ohnehin Störfaktoren der internationalen Ordnung sind, weil sie sich nicht reibungslos in die westlich kontrollierte globale Wirtschafts- und Energieordnung einfügen.

Schon wenige Monate nach dem Beginn des Ölpreisverfalls im Sommer 2014 schrieb der Harvard-Ökonom Martin Feldstein mit Genugtuung: „Zu den großen Verlierern fallender Ölpreise gehören Länder, die keine Freunde der USA und ihrer Verbündeten sind, z. B. Venezuela, der Iran und Russland. Diese Länder sind zur Finanzierung ihrer Regierungsausgaben stark von ihren Einnahmen aus dem Ölgeschäft abhängig – insbesondere was ihre enormen Transferprogramme angeht. ... Es ist unklar, ob die derzeitigen Regime dieser Länder einen deutlichen, länger anhaltenden

Rückgang der Ölpreise überleben könnten.“ (Feldstein 2014).

Die zeitliche Koinzidenz des Ölpreisverfalls seit 2014 mit der Ukraine-Krise, der russischen Annexion der Krim und den gegen Russland, seinen Finanzsektor und seine Ölindustrie verhängten Sanktionen mag zufällig sein; politisch kam sie EU und USA äußerst genehm. Als Präsident Obama in einem Interview für National Public Radio (NPR) Ende 2014 gefragt wurde, ob der Ölpreisverfall für die USA ein Glückszufall gewesen sei bei ihrem Bestreben, Russland unter Druck zu setzen, oder ob er von den USA gar veranlasst worden sei, antwortete Obama: „Ihre (Russlands, JvS) Wirtschaft schrumpfte und das Kapital floh bereits vor dem Ölpreisverfall. Und ein Teil unserer Überlegungen in diesem Prozess war, dass das einzige, was ihre Wirtschaft über Wasser hielt, der Ölpreis war. Wenn wir also nachhaltigen Sanktionsdruck ausüben, wie wir es getan haben..., würde auf die Dauer die russische Wirtschaft so geschwächt, dass sie einen Ölpreisverfall ... nur schwer bewältigen könnte.“¹¹

Unter den anderen von Feldstein genannten Verliererstaaten, die „keine Freunde der USA“ sind, steht der Iran durch die teilweise Aufhebung der Sanktionen auch bei stark gefallenem Ölpreis derzeit wohl besser da als unter dem Sanktionsregime, auch wenn die Hoffnungen der iranischen Bevölkerung durch die hinter den Erwartungen zurückbleibenden zusätzlichen Staatseinnahmen und wirtschaftlichen Impulse wohl enttäuscht sind und so die Legitimation der politischen Führung beeinträchtigt bleibt. Die dramatischsten Auswirkungen aber hat der derzeitige Ölpreisverfall auf Venezuela. Die hohen Sozialleistungen, die unter Präsident Chavez dem großen Sektor der ärmeren Bevölkerung zugute kamen und auf denen die Popularität seines Regimes beruhte, waren auf die Dauer nur bei einem Ölpreis von gut 150 Dollar für den Staatshaushalt tragbar.

Durch den Ölpreisverfall ist es unter Chavez' Nachfolger Maduro inzwischen zu drastischen Versorgungsproblemen bei Gütern des Grundbedarfs durch Reduzierung der Importe, zu einer galoppierenden Inflation und zu Unruhen in der Bevölkerung gekommen, auf die die Regierung mit einem Notstandsregime reagiert. Die tragische Ironie dabei ist, dass Venezuela unter Einbeziehung der Schweröl-

und Ölsandvorkommen des Orinokobeckens möglicherweise über die größten Ölreservieren aller Länder verfügt, seine Förderung aber aufgrund von schlechtem Management der 2007 verstaatlichten Ölindustrie und fehlendem Zugang zu modernen Fördertechnologien nicht gesteigert werden kann, sondern sogar leicht fällt (Yergin 2011, 257ff.)

Auch in einem anderen großen Förderland, Brasilien, das seit der Erschließung seiner technisch enorm anspruchsvollen, aber hoch ergebnigen Tiefseebohrungen 2007 zu den großen Förderländern, etwa auf der Höhe von Venezuela, aufschloss, wenngleich es wegen seines hohen Inlandsverbrauchs von gut zwei Drittel seiner Förderung nicht zu den ganz großen Exporteuren gehört, hat der Ölpreisverfall ernste Schwächen der nationalen Ölindustrie offengelegt. Die aufgedeckten weit in den politischen Apparat reichenden Strukturen von Missmanagement und Korruption um den nationalen Ölkonzern Petrobras stürzten das Land im Jahr 2016 nicht nur in eine tiefe innenpolitische Krise und ließen seine Wirtschaft in die Rezession abgleiten. Auch die technischen und vor allem finanziellen und Management-Fähigkeiten von Petrobras, dem Ölpreisverfall durch Kostensenkungen und produktivitätssteigernde Investitionen zu begegnen, wurden untergraben.

Damit ist neben Russland ein weiteres Schlüsselland der „BRICS“-Staaten, jener Staatengruppe, auf die sich seit dem Ausbruch der Finanzkrise die Wachstumshoffnungen für die Weltwirtschaft richteten, selbst zum Krisenfall geworden.

Ein weiteres bedeutendes Ölförderland, Nigeria, das bevölkerungsreichste Land Afrikas, das lange der sechstwichtigste Ölexporteur der Welt war, sieht unter den Auswirkungen der wachsenden ethnischen und sozialen Unruhen im Fördergebiet des Nigerdeltas nicht nur seine Fördermenge schrumpfen. Die durch den Ölpreisverfall sinkenden, zugleich durch Korruption zerrütteten Staatseinnahmen stellen zunehmend die Funktionsfähigkeit des Staates in Frage und lassen das Land an den Rand eines „failing state“ gleiten.

5. Ausblick

Nach der jüngsten ergebnislos verlaufenen Konferenz der Mitgliedstaaten der OPEC, der Organisation erdölexportierender Länder,

schrieb die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung voll Genugtuung: „Den Ölpreis regelt der Markt – nicht die OPEC“. (FAS, S. 6.16, 40)

Diese Aussage trifft freilich nur zum Teil zu. Richtig ist ihr zweiter Teil: „Die OPEC“ hat weitgehend aufgehört, den Ölpreis zu bestimmen. Sie muss sich entscheiden zwischen zwei für die Marktmacht der Organisation gleichermaßen schädlichen Strategien. Entweder sie versucht, unter Preisgabe ihres Preisstabilisierungsziels ihren Marktanteil am Weltölmarkt zu halten. Das führt sie angesichts der sehr unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder, bestimmt allein schon durch ihre weit auseinander liegenden Förderkosten, aber auch ihre unterschiedliche Bevölkerungszahl, in eine Zerreißprobe. Oder sie einigt sich zur Preisstabilisierung auf eine Absenkung ihrer Förderquote. Dann verliert sie, wie in den letzten Jahren geschehen, immer mehr an Marktanteil und dadurch wieder an Preissteuerungsmacht. Falsch ist allerdings der erste Teil der FAS-Aussage. Der Ölmarkt ist eben kein Markt, auf dem private Anbieter miteinander und die private Nachfrage konkurrieren und an dieser privaten Nachfrage ihr Angebot und ihre Preise ausrichten, während die privaten Nachfrager bei sinkendem Preis ihre Nachfrage erhöhen, bei steigendem reduzieren.

Hier agieren überwiegend Staaten bzw. staatliche Unternehmen als Anbieter. Und Staaten bestimmen zwar nicht die private Nachfrage, setzen durch ihre energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen aber die wichtigsten Parameter für die private Nachfrageentwicklung.

Es mag sein, wie zu lesen ist, dass in den USA derzeit unter dem Einfluss des günstigen Benzinpreises die Verkaufszahlen für SUVs wieder in die Höhe schnellen. Zugleich aber werden die staatlichen Höchstgrenzen für den Flottenverbrauch der Autoproduzenten immer weiter abgesenkt.

Und es mag sein, dass in den kommenden zwei Jahrzehnten die aufstrebenden Wirtschaftsgroßmächte China und Indien ihren Ölverbrauch weiter erhöhen werden. Aber auch diese beiden Staaten haben dem Pariser Klimaabkommen zugestimmt. Und zumindest China hat längst begonnen, seine nicht-fossile Energiewirtschaft massiv auszubauen, während Indiens Verbrauchswerte pro Kopf gerechnet ohnehin noch weit zurückliegen.

Es sieht so aus, als ob mit dem Verfall des Ölpreises seit 2014 tatsächlich die Dämmerung des Ölzeitalters für die Weltwirtschaft begonnen hat.

Anmerkungen

- 1 Für eine kritische Auseinandersetzung mit den Peak Oil-Theorien vgl. Yergin 2011, 227-241.
- 2 Ab 1935 mit der Umbenennung Persiens in Iran: AIOC, ab 1954 British Petroleum (BP).
- 3 Gemeint waren die damaligen Gesellschaften Socal (später: Chevron), Standard Oil of New Jersey (Esso), Gulf Oil, Socony (später Mobil Oil), Texaco, AIOC/BP sowie Royal Dutch Shell. Der Ausdruck geht auf den damaligen Präsidenten des italienischen staatlichen Ölkonzerns ENI, Enrico Mattei, zurück, der gegen den erbitterten Widerstand des Kartells dieser sieben für seine Gesellschaft eigene Lagerstätten und Absatzmärkte zu erschließen versuchte (van Scherpenberg 2015, 186ff.).
- 4 Die etwas anders gelagerten wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten des internationalen Marktes für Erdgas bleiben hier ausgeklammert. Für die Preisentwicklung bei Erdgas ist der Ölpreis jedoch immer noch eine wichtige Orientierung.
- 5 Dass das Verlassen des Preisniveaus von über 115 Dollar im Juni 2014 den Beginn eines drastischen Preisverfalls markierte, wurde der Öffentlichkeit erst im Herbst bewusst, als der Ölpreis auf seinem Weg nach unten die Marke von 100\$ passierte, ohne dass irgendeine Reaktion seitens der Produzentenländer erkennbar war. Vgl. „The political implications of the falling oil price“, Financial Times (ft.com), 16.9.2014. Bis Ende 2014 hatte sich der Ölpreis dann halbiert.
- 6 „Why Saudi Arabia is still in charge“, Financial Times (ft.com), 30.12.2014.
- 7 Quelle für Ölförder- und -exportdaten: Joint Oil Data Initiative Data Basis (jodidb.org).
- 8 „US shale is lowest-cost oil prospect“, Financial Times (ft.com), 13.7.2016.
- 9 „Lower oil prices are driving down investment and energy efficiency as Middle East producers gain market share, IEA says.“ International Energy Agency, Pressemitteilung 7.7.2016; <http://www.iea.org/newsroomandevents/news/2016/july/lower-oil-prices-are-driving-down-investment-and-energy-efficiency.html>.
- 10 „The long twilight of the big oil companies. Fossil fuel producers face a future of slow and steady decline“, Financial Times (ft.com), 27.5.2016.
- 11 Transkript des Interviews mit NPR am 29.12.2014 (Übers. JvS), <http://www.npr.org/2014/12/29/372485968/transcript-president-obamas-full-npr-interview>.

Literatur

- William Engdahl (2004): *A Century of War, Anglo-American Oil Politics and the New World Order*, London 20042.
- Martin Feldstein: Die geopolitischen Auswirkungen des billigen Öls, Project Syndicate, 26.11.2014 (<https://www.project-syndicate.org/commentary/oil-prices-geopolitical-stability-by-martin-feldstein-2014-11?version=german>)
- International Energy Agency (2015): *World Energy Outlook 2015, Executive Summary*.
- Internationaler Währungsfonds (2011): *World Economic Outlook 2011*.
- Volker Quaschnig (2016): *Sektorkopplung durch die Energiewende. Anforderungen an den Ausbau erneuerbarer Energien zum Erreichen der Pariser Klimaschutzziele unter Berücksichtigung der Sektorkopplung*, Berlin 20.6.2016 (pvspeicher.htw-berlin.de/wp-content/uploads/2016/05/HTW-2016-Sektorkopplungsstudie.pdf)
- Jens van Scherpenberg (2015): Hjalmar Schacht, Enrico Mattei und Bayerns Anschluss an das Ölzeitalter, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 63 (2015), 181-226.
- Martin Wolf: Understanding the new global oil economy. If US imports fall, its interest in a stable Middle East will shrink as that of China and India rises, *Financial Times* (ft.com), 1.12.2015.
- Daniel Yergin (2011): *The Quest. Energy, Security and the Remaking of the Modern World*, London 2011.

Über die Zukunft kommunizieren



Niemand weiß, was die Zukunft bringt. Trotzdem oder gerade deshalb kommunizieren wir ständig über das Thema Zukunft – ob privat oder in den Massenmedien. Der Autor untersucht diese Kommunikation und rückt zwei Bezugspunkte in den Mittelpunkt: die funktionale Differenzierung der modernen Gesellschaft und die Inklusion der Bevölkerung in die Funktionssysteme wie Politik, Wirtschaft, Erziehung. Wie werden diese Themen mit Blick auf die Gesellschaft der Zukunft behandelt und welche Entscheidungsimpulse ergeben sich daraus?

Dieter Grunow

Die Gesellschaft der Zukunft – Beobachtungen aus der Gegenwart

2016. Ca. 230 Seiten. Kart.
Ca. 22,00 € (D), 22,70 € (A)
ISBN 978-3-8474-0691-4
eISBN 978-3-8474-0839-0, 16,99 €

**Jetzt in Ihrer Buchhandlung
bestellen oder direkt bei:**



**Verlag Barbara Budrich
Barbara Budrich Publishers**
Stauffenbergstr. 7
51379 Leverkusen-Opladen

Tel +49 (0)2171.344.594
Fax +49 (0)2171.344.693
info@budrich.de

www.shop.budrich-academic.de